

1/90

Original in

VII - 011 - 3911

# Erneuerung und Zukunft

Positionen  
vom CDU-Sonderparteitag  
am 15. und 16. Dezember 1989  
in Berlin

## Geleitwort

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) ist eine Partei, die sich für die Freiheit und den Frieden einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Gerechtigkeit und die Gleichberechtigung aller Menschen einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Religion einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Ehe einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Familie einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Jugend einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Arbeit einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Wirtschaft einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Kultur einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Politik einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Gesellschaft einsetzt. Sie ist eine Partei, die sich für die Freiheit der Menschheit einsetzt.

## Erneuerung und Zukunft

Positionen  
vom CDU-Sonderparteitag  
am 15./16. Dezember 1989  
in Berlin

CDU-TEXT 1190

Herausgegeben  
von der Geschäftsstelle des Parteivorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
Otto-Nuschke-Straße 59/60, Berlin, 1086

Verantwortlich: Karl Hennig, Pressesprecher der CDU

Erneuerung  
und Zukunft

Forum  
vom CDU-Sonderpartei  
am 15.18. Dezember 1989  
in Berlin

## Geleitwort

*Liebe Mitglieder und Freunde der CDU!*

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands hat einen neuen Abschnitt in ihrem fast 45jährigen Wirken begonnen. Der CDU-Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 in Berlin hat diese Zäsur bekräftigt. Wir haben Abschied genommen von einem Irrweg, der unsere Partei zur politischen Uneigenständigkeit und zur Bedeutungslosigkeit im gesellschaftlichen Leben in der DDR geführt hat. Wir haben uns getrennt von einem politischen Selbstverständnis, das uns nur einen begrenzten Raum als geduldete Assistenten einer führenden Partei eingeräumt hat. Wir haben uns getrennt von einer Parteiführung, die die ethische Verantwortung christlichen Glaubens, der wir verpflichtet sind, durch ihr Handeln diskreditiert hat. Auf dem CDU-Sonderparteitag haben die Delegierten stellvertretend für die Mitglieder unserer Partei ihre politische Mitschuld für diese Krise unseres Landes bekannt.

Der Sonderparteitag der CDU hat die Entschlossenheit der Unionsfreundinnen und Unionsfreunde in Stadt und Land beeindruckend verdeutlicht, in der Besinnung auf den Gründungsauftrag der CDU vom 26. Juni 1945 für eine Erneuerung unserer Christlich-Demokratischen Union zu wirken. Ich bin der hoffnungsvollen Überzeugung, daß unsere erneuerte CDU einen bedeutenden Beitrag zur Zukunft unseres Landes, zur Zukunft der Einheit der deutschen Nation, zum Zusammenwachsen der europäischen Völker und der Weltgemeinschaft leisten kann und wird. Das lassen die Grundaussagen des CDU-Sonderparteitages, die in dieser Publikation zusammengestellt sind, erkennen.

*Die CDU ist die christlich motivierte Volkspartei in unserem Land, die nach dem Scheitern der SED-Politik eine neue Perspektive für das Leben unseres Volkes, für jeden einzelnen Mitbürger verwirklichen will.*

Dieser großen Verantwortung stellen wir uns.

## Referat

Liebe Unionsfreunde und Weggefährten!

Wer vordenken will, muß nachdenken. An den Anfang unseres heutigen Nachdenkens gehört die Frage: Wer von uns hätte sich vor vier Monaten vorstellen können, daß wir heute zu diesem Sonderparteitag der CDU zusammenkommen, mit dieser Tagesordnung, in diesem Raum, mit diesen Problemen, in dieser Situation unseres Landes?

Immerhin, vor drei Monaten, als sich die damalige Führung der CDU noch beinahe gar nichts vorstellen wollte, hatten sich die Verfasser des Weimarer Briefes bereits eine vorgezogene Mitarbeiterkonferenz vorgestellt, und in unseren Kirchen hatte längst ein Prozeß des Nachdenkens und des Vordenkens eingesetzt, den unsere Partei ganz anders hätte aufnehmen müssen, als es geschehen ist. Unsere Parteiführung war in dem, was von ihr sichtbar und hörbar wurde, nicht auf der Höhe der Zeit!

Um so dankbarer müssen wir den Freunden aus Thüringen und von den anderen Basisinitiativen sein, wie denen aus dem Bezirk Frankfurt, die für diesen Parteitag landesweit Unterschriften sammelten, daß sie uns im Protest gegen Stagnation und Sprachlosigkeit einen Vorlauf geschaffen haben, einen Vorlauf an demokratischer Willensbildung, von dem heute alles lebt, was in unserer Partei an politischer Diskussion und Aktivität ins Licht der Öffentlichkeit getreten ist. Dieser Prozeß der aktiven politischen Gesundung unserer Union erlebt heute und morgen seinen ersten Höhepunkt und zugleich seine erste große Bewährungsprobe. Wir haben weitreichende Entscheidungen zu treffen. Aufgaben, Arbeitsstruktur, Zusammensetzung der Leitungsgremien und Weichenstellungen für die künftige Politik unserer Partei stehen zur Debatte. Auch wenn vieles erst auf dem 17. Parteitag entschieden werden kann, der Verlauf unseres Sonderparteitages wird uns zeigen, welche Türen offen sind und welche wir zu schließen haben. Die entscheidende Stimme in einer demokratischen Partei haben die Mitglieder. Und diese Stimme erheben Sie, die Delegierten des Parteitages, zum ersten Male seit Jahrzehnten, ohne Wenn und Aber!

Der vergleichsweise bescheidene Rahmen, in dem wir hier beraten, steht nicht im Widerspruch zu dem Ernst und der Bedeutung der Entscheidungen, die wir zu treffen haben. Er ist sachgemäß, er markiert das Gewicht unseres Treffens. Er steht im Kontrast zu der äußeren Prachtentfaltung früherer Parteitage, die den Dienstauftrag der CDU unglaublich machte und die Hingabe so vieler Unionsfreunde im politischen Dienst am Nächsten verdunkelte.

Eine Partei, die etwas bewegen will, braucht festen Boden unter den Füßen. Deshalb ziehen wir Bilanz. Und deshalb darf diese Bilanz nicht bei der Analyse der letzten Monate stehen bleiben. Wir haben es nicht nur mit einem halben Jahr des Bankrotts, sondern mit 40 Jahren DDR-Geschichte und CDU-Geschichte zu tun, die diesen Bankrott vorbereiteten. In dieser Geschichte gab es Leistungen und sozialen Gewinn. Es besteht kein Grund, beides zu leugnen. Im Gegenteil! Das Entsetzliche ist, daß wir das nicht aufrechnen können gegen Mißwirtschaft, Fehler und Verbrechen, gegen die Stagnation und die Verkrustungen dieser 40 Jahre.

Denn Leistungen und Fehlleistungen haben unter einem gemeinsamen Vorzeichen gestanden, das alles verdorben hat, das Fehler in ihrer Wirkung vervielfacht und Leistungen in den Augen des Volkes entwertet hat.

Dieses Vorzeichen war der sogenannte demokratische Zentralismus, ein politisches System, das durch Druck und Zwang, durch Diktatur ersetzen wollte, was es an zuvor freier Zustimmung, an Initiativen, an menschlicher Solidarität zerstörte.

Er, der demokratische Zentralismus, war der genetische Defekt der DDR und des in ihr betriebenen Pseudosozialismus. Mit diesem genetischen Defekt war der Mißerfolg und das Ende dieses Systems in unserer Gesellschaft und damit auch in unserer Partei vorprogrammiert.

In dem Maße, in dem wir uns in diesem System eingerichtet hatten, haben wir heute Buße zu tun, umzukehren, Mut zur ehrlichen Konsequenz zu haben. In dem Maße, in dem wir unter diesem System gelitten und in ihm trotz allem versucht haben, Demokratie und Vernunft zur Geltung zu bringen, sind wir ein Teil des Volkes, das heute endlich dabei ist, seine Geschichte in die eigene Hand zu nehmen. Aber keiner sollte sich an dieser Stelle die Selbstprüfung zu leicht machen!

Das Volk der DDR, das lange daran gewöhnt worden war, mit gebeugtem Rücken zu schweigen, hat aufrechten Gang gelernt und seine Sprache gefunden. Es war das Volk, das die Menschen- und Lichterketten am ersten Advent bildete, gerade auch dort, wo sonst Menschenketten von Mitarbeitern der Staatssicherheit die Protokollstrecken zu sichern hatten. Es war das Volk, das durch das große Maß an Vernunft und Gewaltlosigkeit, das die Demonstrationen in der DDR bisher prägte, der Korruption und dem Machtmißbrauch der früheren Führung Zeichen der Hoffnung auf ein sauberes, menschenwürdiges politisches Leben entgegengesetzte. Und gerade als CDU haben wir uns klarzumachen, daß es viel zu wenig unsere Partei, daß es vielmehr die Kirchen waren die über Jahre hinweg für das Volk gesprochen und dem Volk Raum gegeben haben, seine Sprache zu finden.

Gewiß, in vielen Ortsgruppen und Vorständen, in Volksvertretungen und Publikationen, auf Tagungen unserer Partei und in unserer Zentralen Schulungsstätte ist offen gesprochen worden, wurde der Finger auf die Wunden unseres gesellschaftlichen Lebens gelegt. Und für die allermeisten Freunde war es keineswegs mit Privilegien verbunden,

Mitglied der CDU, dieser Partei zu sein. Im Gegenteil! Viele Freunde haben ihr Möglichstes getan, für ihre sachliche Meinung gekämpft und versucht, die demokratischen Spielräume der Gesellschaft zu erweitern, oft im Verborgenen des persönlichen Einsatzes, ohne die Genußtuung öffentlichen Echos, etwa in den Westmedien. Und so mancher Freund hat darüber hinaus schwere Konsequenzen seiner Ehrlichkeit und Zivilcourage zu tragen. Unsere Hochachtung gilt ihnen allen. Eine der ersten Pflichten, die wir bei der Bewältigung unserer Parteivergangenheit haben, ist daher, daß wir, wo es noch möglich ist, Wiedergutmachung leisten und die Freunde rehabilitieren, denen von unserer Partei oder ohne wirksamen Schutz durch unsere Partei schweres Unrecht angetan wurde. Aber bei allem Einsatz, den wir nicht vergessen dürfen — unser Grundübel war ohnehin nicht das Fehlen persönlichen Engagements, sondern die Einbindung der CDU in ein politisches System ohne Bewegungsfreiheit, ohne eigenständige Wirkung.

So steht unsere Partei beschämt vor der Klarheit und Öffentlichkeit des Einsatzes der Kirchen, der sich immer als Dienst für den einzelnen und für das Ganze unserer Gesellschaft verstand und den alle politischen Kräfte spätestens seit dem 6. März 1978 hätten annehmen müssen, statt ihn immer wieder aus Verblendung, aus Vorurteilen und aus Verstocktheit zurückzuweisen.

Die endliche gesamtgesellschaftliche Anerkennung dieses Dienstes ist die Tatsache, daß der Runde Tisch auf Einladung der Kirchen, in kirchlichen Räumen und unter kirchlicher Gesprächsleitung stattgefunden hat und vorerst weiter stattfindet; eine der Auswirkungen dieses Dienstes ist die lange Zeit gewährte demokratische Kultur der Massendemonstrationen der letzten Monate. Die Rolle der Kirchen gehörte zu den entscheidenden und zugleich hilfreichen Elementen des revolutionären Prozesses in diesem denkwürdigen Herbst 1989. Wir haben allen Grund, die gesellschaftliche Aktivität der Kirchen in unserem Lande dankbar zu würdigen und unser Verhältnis als Partei zu den Kirchen sehr grundsätzlich zu überprüfen und neu zu gestalten.

Liebe Unionsfreunde!

Es ist eine unabwiesbare Notwendigkeit, daß wir uns unserer Geschichte stellen und unsere Lehren ziehen. Nur, wenn der Parteitag ein politisches Schuldbekennnis der CDU ablegt, können wir uns Glaubwürdigkeit erarbeiten und an der Gestaltung der Zukunft teilnehmen. Nur, wenn wir die Mitverantwortung der CDU für die Deformationen und die Krise unserer Gesellschaft bekennen, können die Erneuerungskräfte unserer Partei ihrer Aufgabe gerecht werden. Wegstehlen wollen und können wir uns nicht von unserer Vergangenheit. Deshalb kommt für mich auch eine Änderung des Namens unserer Partei nicht in Frage. Ich hoffe darin mit Ihnen übereinzustimmen.

Was im übrigen die speziellen Vorwürfe gegen die frühere Führung der Partei und den früheren Vorsitzenden angeht, so werden wir den Bericht des Untersuchungsausschusses hören.

Die Einberufung dieses Sonderparteitages ist in den Reihen unserer Partei kontrovers diskutiert worden. Da waren noch die Verkrustungen der Vergangenheit zu spüren. Aber der Prozeß, in dem sich auf der letzten Sitzung des alten Hauptvorstandes schließlich dessen Mehrheit für den Sonderparteitag entschied, zeigte das Streben, auf die Stimme der Basis zu hören und einen konsequenten Beitrag zur Überwindung der Krise in unserer Partei und damit auch der Krise in unserer Gesellschaft gewissenhaft und wirkungsvoll zu leisten. Dazu gehört die Klärung unseres Verhältnisses zu den Kirchen. Die jahrzehntelange Kluft zwischen CDU und Kirche, die sich schon zu schließen begann, ist in den letzten beiden Jahren an vielen Stellen nicht mehr kleiner, sondern vielmehr größer geworden. In dem Maße, in dem sich die Kirchen den neuen gesellschaftlichen Bewegungen öffneten, wurde unsere Partei in der gesellschaftlich politischen Sackgasse, in die sie sich durch ihre kritische Distanz zu den Kirchen hineinmanövriert hatte, immer bewegungsunfähiger.

Unsere Mitglieder reagierten darauf unterschiedlich. Die einen sahen sich in ihren alten Vorurteilen gegenüber den Kirchen bestätigt. So isolierten sie sich noch mehr von ihnen. Sie wollten nicht in den Geruch kommen, mit irgendwelchen „konterrevolutionären Kräften“ in Verbindung zu stehen. Die anderen zogen sich aus dieser Partei zurück und nahmen nur noch ihren Platz im kirchlichen Leben ein. Dieser Platz aber wurde zunehmend vom konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung bestimmt. Und je stärker hier katholische und evangelische Kirchen gemeinsam arbeiteten, desto stärker waren diese Freunde an diesem Platz an seiner ökumenischen und zugleich gesellschaftlichen Orientierung genau dort, wo sie als CDU-Mitglieder zu Hause sein konnten.

Wir tun gut daran, die Impulse dieser Unionsfreunde für die Erneuerung unserer Partei aufzunehmen. Zugleich aber sollten wir die Unionsfreunde, die von der alten Parteileitung in Isolation und Verunsicherung geführt worden sind, für die neuen und zugleich echten Aufgaben unserer Partei motivieren. Hier haben sie nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen, an Gemeinschaft und an der Befriedigung, die die Wahrnehmung von Gemeinschaftsaufgaben vermitteln kann. Für alle Freunde, die heute enttäuscht, manchmal verzweifelt, in ihrem Selbstverständnis gebrochen sind, für ihren früheren Weg und ihre jetzigen Probleme ist unsere Partei verantwortlich. Wie wir mit ihnen sprechen, zusammenarbeiten, zusammenleben, auch daran wird sich zeigen, wieviel wir vom Wesen unserer Partei als einer Partei von Christen begriffen haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein Wort zu einer Sorge sagen, der ich in der letzten Zeit wiederholt begegnet bin. Es wird befürchtet, daß unsere Partei auf dem Wege sei, eine klerikale Partei oder — noch eingeschränkter — eine evangelische Kirchenpartei zu werden.

Gewiß, wir stehen den Kirchen nahe. Im Normalfall sind die Mitglieder einer Partei, die sich Christlich-Demokratische Union nennt, Mitglieder

von Kirchen und damit in Kirchenangelegenheiten selber betroffen. Aber wir gedenken auch in Zukunft nicht, ein Funktionalorgan, ein verlängerter politischer Arm der Kirchenleitungen zu werden. Unsere Partei ersetzt keine Kirche, und es ist keineswegs so, daß uns etwa nur die Thematik des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft politisch interessierte. Im Gegenteil, darin braucht die CDU ihre Aussagen nicht zu verändern: Wir sind dafür, daß die unterschiedlichen Wirkungsfelder von politischer Partei und Kirchen von beiden Seiten respektiert werden und daß wir in den Überschneidungsgebieten, die es immer geben wird, so vernünftig miteinander reden, daß Probleme nicht hochgespielt, sondern geregelt werden können. Und im übrigen sollten wir uns darüber freuen, wenn Mitglieder und Mitarbeiter unserer Partei nicht nur in ihren Kirchengemeinden, sondern auch in gesamtkirchlichen Funktionen tätig sind. Dadurch entsteht keine Pflichtenkollision. Ich denke auch, daß das erfreuliche Wachstum des ökumenischen Geistes im konziliären Prozeß nicht nur für unsere Kirchen, sondern auch für unsere Union gut ist. Hier haben wir Anknüpfungspunkte für den Weltdienst von Christen in unserer Partei, die ökumenisch gedeckt sind. Auf der anderen Seite müssen wir feststellen, daß die konfessionellen Unterschiede zwischen unseren Freunden in unserer Partei bisher kaum zur Kenntnis genommen worden sind. Damit aber sind auch konfessionelle Impulse zu sozialer Verantwortung und zur Ausgestaltung des Weltbildes in der CDU nicht zum Tragen gekommen. Es wäre deshalb zu überlegen, ob wir nicht einen katholischen Arbeitskreis bilden sollten. Wann eigentlich sind zum letzten Mal Erkenntnisse der katholischen Soziallehre in der Öffentlichkeit unserer Partei benannt und diskutiert worden? Ansonsten sind wir sicher alle derselben Meinung, daß es wesentlicher ist, daß wir uns in unserer Partei gegenseitig als Christen annehmen, als daß wir uns als Angehörige bestimmter Konfessionen profilieren sollten.

Es muß klar sein, daß es in unserer Partei um gesellschaftlich politische Aufgaben geht, die von Christen unterschiedlicher Konfession durchaus im gleichen Geist angegangen werden können. Und es muß in der Öffentlichkeit deutlich werden, daß sich die erneuerte CDU diesen Aufgaben stellt. Dann wird sich von selbst das normale Aufgabenverhältnis von Kirche und Partei wiederherstellen. Die gegenwärtige Stellvertreterrolle der Kirchen in gesellschaftlichen Fragen ist nicht kirchliche Anmaßung, sondern ist den Kirchen objektiv aufgedrängt und zugemutet worden, weil die Parteien und speziell auch unsere Partei als Partei von Christen ihre öffentliche Aufgabe nur ungenügend wahrgenommen haben. In dem Maße, in dem wir unseren Platz als Partei von Christen programmatisch und praktisch ausfüllen, entlasten wir die Kirche von Aufgaben, die für sie nur ein Notamt bedeuteten. Immerhin scheint mir zu diesen Aufgaben zu gehören, daß wir die sozialetischen Anliegen des konziliären Prozesses aufnehmen und immer wirksamer politikfähig machen.

Im übrigen haben wir ohnehin kein Recht, einen Alleinvertretungsan-

spruch für christlich motivierte Politik anzumelden. Das Versagen unserer Partei in der Vergangenheit hat ein wichtiges Potential kirchlichen gesellschaftlichen Engagements in die neu entstandenen Gruppierungen und Parteien fließen lassen. Was wir hier zu gewinnen haben, sind Fähigkeiten und Bereitschaft zum Gespräch, gegenseitige Anregung und schließlich fruchtbare Zusammenarbeit.

Wenn deutlich wird, daß die CDU prinzipiellen Fragen der weltanschaulichen Orientierung, wie christliches Menschenbild, christliche Werte der Kultur und Bildung, weltanschauliche Pluralität und Toleranz, ihre Aufmerksamkeit schenkt, wird für den christlichen Teil der Bevölkerung der DDR die CDU wieder eine wählbare Partei werden können. Daß die CDU hier objektiv Aufgaben wahrzunehmen hat, mag sich darin zeigen, daß inzwischen ein von der CDU vorgeschlagener christlicher Lehrer, Volker Abend, Stellvertreter des Bildungsministers und eine CDU-Lehrerin Schulrätin geworden sind und daß in Heiligenstadt wie nach 1946 wieder ein katholischer Unionsfreund als Vorsitzender des Rates des Kreises amtiert.

Aber auch das muß gesagt werden: Es gehört zum Wesen unserer Partei, deswegen heißt sie Union, daß sie unterschiedliche Strömungen in sich vereinigt. Künstliche Gleichförmigkeit in der Position ihrer Mitglieder würde Verarmung bedeuten. Wir werden lernen müssen, und wir wollen es lernen, unterschiedliche Strömungen und Flügel in unserer Partei nicht nur zu dulden, sondern in ein für die Politik der Union fruchtbares Gespräch zu bringen.

Ich nenne als Beispiel die Problematik des Begriffes Sozialismus. Nach meiner Überzeugung ist dieses Wort eine leere Hülse geworden und daher nicht mehr verwendbar. Aber es ist nicht zu übersehen, daß die, die diesen Begriff ablehnen, damit Stalinismus, Diktatur und Volksbetrug meinen, während die unter uns, denen dieser Begriff auch heute noch wichtig ist, damit die Ideale von 150 Jahren Arbeiterbewegung meinen, die mit ihnen verbundenen Hoffnungen der Armen dieser Welt, die Hoffnungen, die von den regierenden kommunistischen Parteien bzw. ihren Führungen so schmählich enttäuscht worden sind. Beide Flügel scheinen weit auseinander und sind sich in Wirklichkeit nahe. Sie sollten sich gegenseitig nicht ausgrenzen!

Für die praktische Politik unserer Partei halte ich es für wichtig, daß wir konkret sagen, welche sozialen Zielvorstellungen wir haben: Leistungsprinzip und Schutz der Schwachen, Subsidiarität, also Aufbau des Staates und der Gesellschaft von unten und nicht von oben — z. B. ist die Familie wichtiger als die Schule —, z. B. ist sozialökologische Verantwortung der Wirtschaft nicht durch zentralistisches Diktat, sondern durch demokratische Kontrolle zu erwirken.

Wir werden diese Positionen auszubauen haben in der positiven Auseinandersetzung mit den Soziallehren unserer Kirchen. Wir werden um diese Positionen und um die Macht, sie politisch zu vertreten, zu kämpfen haben. In Zukunft wird uns unser Platz nicht mehr wie selbstverständlich zugewiesen, wir haben ihn vielmehr durch unsere Leistung

zu erwerben. In Zukunft wird nicht mehr Wohlverhalten der Preis für den Platz sein, den die Parteien bekommen, sondern die Qualität ihres Einsatzes für die Interessen der Wähler. Die Machtfrage ist nicht mehr von vornherein gelöst, sondern muß an der Basis der Gesellschaft ständig neu entschieden werden.

Die Erneuerung der CDU, das Neubuchstabieren von C, D und U, die Antwort auf die Frage nach dem Charakter der erneuerten Partei ereignen sich nicht in einem ideologischen Laboratorium, sondern im Wettstreit mit alten und neuen Parteien und Bewegungen, und wir müssen gleichzeitig neue programmatische Grundlagen erarbeiten und eine politische Strategie für die kommenden Wahlen. Und wir müssen dies schnell tun. Denn die ökonomische und politische Krise unseres Landes läßt uns keine Zeit. Die erste Antwort auf diese Grundfragen finden Sie im Positionspapier unserer Partei. Wir wollen die CDU als eine Volkspartei, als eine Volkspartei mit christlichem Profil. Wir sind gewiß, daß sie weite Kreise, unterschiedliche soziale Schichten und Generationen unseres Volkes anzusprechen vermag,

— wenn sie einem christlichen Menschenbild und christlichen Wertvorstellungen für die Gestaltung des Gemeinwohls folgt,

— wenn sie mit ihrer Schuldübernahme auch prüft, welche Erfahrungen und Gestaltungen unserer DDR-Gesellschaft in den konföderativen Strukturen eines geeinteren Europas und Deutschlands bewahrt werden sollten, bis die Einheit der deutschen Nation mit den notwendigen Friedensgarantien für uns Deutsche wie für unsere Nachbarn auch staatlich realisiert werden kann,

— wenn sie sich als unabhängige Partei profiliert, die für Rechtsstaatlichkeit, europäische Friedensordnung und Solidarität mit den Entwicklungsländern eintritt, und

— wenn sie sich gegen jede Form von Nationalismus, Faschismus und Antisemitismus stellt und ein Zusammenwirken mit Menschen anderer humanistischer Überzeugungen fördert, in besonderer Weise mit den jüdischen Menschen, denen wir uns in Schuld und Scham verpflichtet wissen.

Ein solches Selbstverständnis unserer Partei könnte unter die alte CDU-Wahlkampflosung von 1946 gestellt werden: **F ü r W a h r h e i t u n d R e c h t**. Nur diese beiden Grundwerte unseres christlichen Menschenbildes können aus der Vertrauenskrise dieser Wochen und Monate herausführen. Aber sie werden dies nur tun, wenn wir uns selbst als erste den Fragen stellen, die Wahrheit und Recht in der gegenwärtigen DDR-Situation bedeuten. In den „Thesen des christlichen Realismus“, die 1952 nach langer Diskussion vom 6. Parteitag angenommen wurden, steht der Satz: „Sinnesänderung, Bewußtseinsänderung ist die Voraus-

setzung für eine Erneuerung der Welt." Vielleicht ist die Zeit herangereift, unter neuen Voraussetzungen die Aussagekraft der Meißener Thesen für unsere Partei zu prüfen. Sie waren damals ein Versuch, ein Gegenbild gegen die Forcierung des Stalinismus in der DDR zu entwerfen. Und sie konnten sich, zumindest in protestantischer Sicht, auf die zweite Barmer These berufen: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.“

Nur in einer solchen grundsätzlichen Neuorientierung unserer politischen Haltung können wir den Anforderungen gerecht werden, die unsere Zeit an uns stellt.

Für Wahrheit und Recht! Es ist nicht nur der Rechtsanwalt in mir, der diese Losung für so wichtig hält. Die tieferen Ursachen für die gegenwärtige Krise in unserem Land sind es, die mich veranlassen, an diese Losung zu erinnern. Schließlich wurden nicht nur Rechtsnormen, die gesetzt waren, mißachtet. Es gab ganze Bereiche des staatlichen Lebens, die außerhalb jeglicher rechtlicher Norm liegen, und es wurde eine vermeintliche Staatsräson an die Stelle einer Rechtsordnung gesetzt.

Verehrte Delegierte!

Unsere Gesellschaft braucht eine funktionierende und stabile Rechtsordnung mit Offenheit für die rechtliche Normierung neuer Probleme, die sich bei der Neugestaltung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens ergeben. Vor allem aber brauchen wir rechtliche Festlegungen, die geeignet sind, uns vor neuerlichem Bruch unserer rechtlichen und sittlichen Ordnung auch zu schützen.

Rechtsstaatlichkeit ist die Grundbedingung für die Überwindung der Krise, für das Abtragen von Schuld und für die Neugestaltung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Deshalb werden die Überarbeitung unserer Verfassung und die ihr zugeordnete Ausarbeitung grundlegender Gesetze, wie des Wahl- und des Parteiengesetzes, die ersten Schritte zur Gesundung unserer staatlichen Ordnung sein müssen, und wir müssen dies unterstützen.

Wahrheit und Recht sind Werte, die den Aussagen unseres Positionspapiers zugrunde liegen. Sie werden auch die Wahlplattform und unser Parteiprogramm zu bestimmen haben. Ich möchte im folgenden nicht auf Einzelforderungen eingehen, sondern über unsere grundsätzliche Stellung zu prinzipiellen Fragen sprechen.

Wir brauchen rechtliche Festlegungen für die Gesundung unserer Wirtschaft. Wir müssen die unterschiedlichen Eigentumsformen, auf denen unsere Wirtschaft basieren soll, juristisch absichern, und wir brauchen Normen für die in Aussicht genommenen internationalen Wirtschaftsverflechtungen.

Vor allem aber müssen wir unsere Demokratie schützen, indem wir das Prinzip der Gewaltenteilung durchsetzen. Regierung, Parlament und Rechtsprechung sind in ein Verhältnis zu bringen, das zugleich Selbst-

ständigkeit und gegenseitige Kontrolle nicht nur ermöglicht, sondern sichert. Moderne Gesellschaftstheoretiker sprechen den freien Medien die Qualität einer vierten Gewalt zu.

Bei der Ausgestaltung des Rechts bestehen wir auf einem Wertesystem, das den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt aller Entscheidungen stellt. Denn für uns steht der einzelne Mensch als Geschöpf, als Partner und als Kind Gottes im Zentrum von Rechtsordnung und sittlicher Ordnung.

Dabei gilt ein Hauptinteresse der CDU der Sicherung des individuellen Lebens und dem der Familie. Ohne Gesundung des familiären Lebensbereichs, die nicht nur von materieller Sicherheit geprägt sein kann, ist keine Gesundung der Gesellschaft möglich. Ich denke an die hohe Scheidungsquote der DDR, die ein deutliches Zeichen für generell unbewältigte Aufgaben der Normenentwicklung in unserer Gesellschaft ist. Ich denke an den Schutz des ungeborenen Lebens, der durch das Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch, vor allem aber durch die Praxis seiner Anwendung, in Frage gestellt worden ist. Einen Dank denjenigen Unionsfreundinnen und Unionsfreunden, die damals den Mut hatten, gegen dieses Gesetz zu votieren. Ich denke an die praktische Realisierung der Gleichberechtigung der Frau. In unserem politischen und gesellschaftlichen Leben, gerade auch in unserer Partei, sollte die Stimme der Frauen viel bewußter zur Kenntnis genommen werden.

Und ich denke schließlich an unsere Jugend. Sie muß das Recht zur selbständigen Gestaltung ihrer Freizeit haben, frei von Gängelei durch faktisch staatliche Jugendfunktionäre. Die Sammlung junger Mitglieder unserer Partei und ihr nahestehender Jugendlicher in der CDJ ist ein hoffnungsvolles Zeichen. Unabhängig davon, wie sich die CDJ entscheidet, ob sie Jugendorganisation unserer Partei sein will, oder nur in freundlicher Nachbarschaft stehen, wir sollten alles tun, um diese Kraft der Erneuerung und des freien Engagements zu unterstützen.

Ein Wort zu unserer Forderung, die alte Länderstruktur der DDR wieder herzustellen. Die Länder waren in der sowjetischen Besatzungszone und in der jungen DDR die historisch gewachsenen territorialen Einheiten. Ihre Traditionen hatten damals den Landesregierungen eigene Würde und Autorität verliehen. Diese Tatsache dürfte einer der Hauptgründe für ihre Zerschlagung gewesen sein. Sie standen der Durchsetzung eines konsequenten Zentralismus im Staatsaufbau im Wege. Genau aus diesem Grunde sind wir dafür, daß sie wieder errichtet werden und auch die zweite Kammer des ursprünglichen DDR-Parlamentarismus, die Länderkammer, von neuem geschaffen wird.

Wir wünschen territoriale Strukturen, die Heimatbewußtsein und demokratische Selbständigkeit gegenüber zentralen Organen fördern. Die mögliche Einsparung von Verwaltungspersonal durch die Auflösung der Bezirke ist da nur ein Nebengesichtspunkt.

Was hier gilt, gilt im übrigen auf allen Ebenen der territorialen Gliederung. Nirgends mehr darf es ein Hineinregieren im Zeichen des keineswegs demokratischen Zentralismus geben.

Überall sollte je nach den Bedürfnissen und Entscheidungen der Bevölkerung und ihrer gewählten Vertreter regiert werden: in den Kommunen, die besonders gefördert werden müssen, weil sich dort das Leben des einzelnen und der Familie in überschaubarer Kommunikation vollzieht, und entsprechend in den Kreisen, deren Gliederung und territoriale Abgrenzung ebenfalls überprüft werden muß.

Auch auf dem brennendsten Gebiet unserer Existenz in der DDR, auf dem Gebiet der Wirtschaft, werden wir nur zu Verbesserungen kommen, wenn wir uns von jeglicher Willkür und allem Schematismus trennen.

Die CDU ist der Auffassung: Die katastrophale Situation in unseren Betrieben kann nur durch sehr hohe Investitionen, und zwar von Kapital aus westlichen Ländern, geheilt werden. Charakter und Ausmaß dieser Hilfe werden von uns selbst bestimmt durch die Konsequenz und die Geschwindigkeit, mit der der Reformprozeß in unserem Land verläuft. Das ist nicht Erpressung durch westliche Monopole, das ist nicht Ausverkauf der DDR-Wirtschaft, das ist einzig die Logik des marktwirtschaftlichen Denkens, das auch wir uns anzueignen entschlossen sind. Eine Marktwirtschaft mit staatlichen Planaufgaben, und seien sie nur auf Eckdaten bezogen, wird sich auf die Dauer nicht entfalten können. Nur wenn es uns gelingt, einen deutlichen Qualitätssprung in der Wirtschaft zu erreichen und dadurch auch den Lebensstandard der Bevölkerung der DDR anzuheben, wird ein Ende der Abwanderung der Arbeitskräfte absehbar. Ein solcher Qualitätssprung ist nach unserer Auffassung nur durch weitestgehende Anpassung und Integration der Wirtschaften von Bundesrepublik und DDR zu erreichen.

Das erfordert u. a.:

— Auflösung der Kombinate, wo dadurch Wettbewerb an die Stelle von Monopolen gesetzt werden kann,

— Beschränkung der staatlichen Eingriffe in den Markt auf steuerliche und andere finanztechnische Anreize sowie auf die notwendigen ökologischen und sozialen Sicherungen, also Unternehmensautonomie statt Weisungsmechanismen,

— umgehende Schaffung von Rechtssicherheit für private Unternehmen unterschiedlichster Formen und für internationales Kapital; ehemalige mittelständische Privatbetriebe sind auf Wunsch der früheren Besitzer oder Erben zu den gleichen Bedingungen zurückzugeben, wie sie in Volkseigentum übergeführt worden sind,

— kurzfristige und dennoch kluge Angleichung der Preise an den Weltmarkt durch radikale Neuordnung der Preis-, Steuer-, Tarif- und Subventionspolitik, sofortige Verhandlungen mit der BRD und EG, um eine kontrollierte Teilkonvertibilität der Mark der DDR zu erreichen,

— Abschaffung formaler und sinnloser Plankennziffern, Beschränkung der staatlichen Planung auf die Schaffung einer funktionierenden Infrastruktur und die soziale Absicherung,

— geregelte Zusammenarbeit mit der BRD bei Ausrüstungs- und Materialfonds für die mittelständische Wirtschaft, bei der Managerausbildung und auf anderen Gebieten, letztlich ist zu prüfen die

— Bildung einer deutsch-deutschen Wirtschaftskommission.

Je deutlicher wir uns mit Vorschlägen dieser Art für eine marktwirtschaftliche Leistungsgesellschaft aussprechen, desto wichtiger wird für die CDU die Forderung, daß diese Gesellschaft ökologisch und sozial verträglich sein muß. Die Marktwirtschaft, die wir anstreben, muß eine ökosoziale Marktwirtschaft sein.

Wir haben in der DDR extreme Umweltprobleme. Wir werden sie nur im Interesse unserer Kinder und Kindeskiner lösen können, wenn eine leistungsfähige Marktwirtschaft die Finanzierung der Umweltaufgaben ermöglicht und wenn die staatlichen Rahmenbedingungen für die Industrie so sind, daß es sich nicht lohnt, die Umwelt zu verschmutzen, sondern im Gegenteil ein Anreiz besteht, umweltfreundlich zu produzieren. Das gleiche gilt für unser soziales Netz. An dieser Stelle hat die DDR in den vergangenen Jahren durchaus über ihre Verhältnisse gelebt. Nur mit einer effektiveren Wirtschaft werden wir uns ähnliche Ausgaben auch in Zukunft leisten können.

Dabei ist es unser fester Wille, daß die, die die Werte unserer Gesellschaft geschaffen haben und schaffen, ihres Anteils an diesen Werten nicht verlustig gehen, und daß die Mitglieder der Gesellschaft, deren Leistungsfähigkeit eingeschränkt ist, der solidarischen Hilfe ihrer Mitmenschen sicher sein können. Und dabei denken wir in besonderem Maße an die Rentner und an die Behinderten, die in der letzten Zeit durchaus in den Schattenbereichen unserer sozialen Geborgenheit leben mußten.

Gerade in diesen Wochen und Monaten sollte uns allen klar sein, was es für das einfache Überleben der Menschen unseres Landes bedeutet, daß in unseren Betrieben und auf dem Lande noch gearbeitet und nicht, wie in vergleichbaren Situationen in anderen Ländern, gestreikt wird.

Die Abwanderung von Hunderttausenden Fachkräften in die Bundesrepublik ist ein Verlust, der von den Hiergebliebenen höchste Leistung und höchste Disziplin verlangt. Aber wir müssen alles tun, um die Lasten unserer Situation gemeinsam zu tragen und sie nicht bestimmten Gruppen in besonderem Maße aufzubürden. Deshalb gehören zu den nach meiner Ansicht vordringlichen ökonomischen Maßnahmen Veränderungen der Lohnstruktur. Sie müssen bewirken, daß Arbeitskräfte aus relativ gesättigten Bereichen in Betriebe überwechseln, in denen dringend Arbeitskräfte gebraucht werden. Nur, wenn z. B. die Vergütung der Ärzte und Schwestern, die in normalen medizinischen Einrichtungen am Patienten arbeiten, wesentlich verbessert wird, besteht bereits vor einer durchgreifenden Verwaltungsreform ein Anreiz für die Mitarbeiter in medizinischen Sonderdiensten, ihren Arbeitsplatz zu wechseln. Nur

unter dieser Bedingung werden Krankenschwestern, die jetzt berufs-fremd in der Industrie arbeiten, in ihren Beruf zurückkehren. Ich habe als Beispiel das Gesundheitswesen genannt, weil hier inzwischen ein besonderer Nachholebedarf besteht, was die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen angeht.

Die CDU hat traditionell eine enge Verbindung zum Gesundheitswesen. Sie ist bereit, sich an der Suche nach Lösungen zu beteiligen und setzt sich dafür ein, daß durch höhere gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit unserer Schwestern und Ärzte sowie durch materiell wirksame Sofortmaßnahmen einer weiteren Verschärfung des Pflegenotstandes ein Riegel vorgeschoben wird. Erste wichtige Schritte hat der Ministerrat gestern auf den Weg gebracht.

Der große Aufbruch der Bürger unseres Landes bedeutet die Entfaltung individueller schöpferischer Kräfte.

Wir brauchen diese Kräfte auf allen Gebieten unseres Lebens, und wir hoffen, daß sie nun von der gesellschaftlich politischen Ebene her auch in die anderen Bereiche eindringen.

Im Inneren unserer Partei war dieser Aufbruch schon vor Jahren zu spüren, auch wenn er von der offiziellen Ebene behindert wurde. Hier hat sich unsere gesamte Gesellschaft innerhalb und außerhalb der Parteien und Organisationen synchron entwickelt.

Ich denke, daß sich aus dieser Tatsache die notwendigen Voraussetzungen ergeben für den Abbau von überspitzten Konkurrenz- und Konfrontationserscheinungen zwischen einer erneuerten CDU und den anderen Parteien, Bewegungen und Gruppen.

Unsere Mitglieder jedenfalls fordere ich auf, sich um Dialog und Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften in unserer Gesellschaft zu bemühen.

Für unsere zukünftige politische Kultur werden jetzt von den Beteiligten die Weichen gestellt. Unser Beitrag dazu sollte ein Beitrag für alle sein. Die Kreativität, die unsere Situation benötigt, sollte nicht dem Gegen-einander, sondern den gemeinsamen Sachaufgaben dienen.

Kreativität ist eine Chance unserer Situation, Kompetenz ist die andere, Kompetenz vor allem für die staatliche Verwaltung, für die Wirtschaft, für die Justiz, für die Tätigkeit unserer Abgeordneten. Parteibuch nach Artikel 1 der Verfassung statt Kompetenz. Das war die Vergangenheit, die uns auf Schritt und Tritt Mittelmaß, Bürokratie und Schlendrian bescherte, die Ergänzung zum demokratischen Zentralismus, die uns auch heute noch teilweise umgibt.

Aber ebenso besteht von jetzt an die Hoffnung, daß an immer mehr Arbeitsplätzen Kompetenz an die Stelle von Inkompetenz tritt. Aber wir wissen auch, daß Kompetenz Ausbildung braucht und darüber hinaus erst im Laufe der Arbeit erworben werden kann.

Die Auswahlprinzipien der Kader- und Bildungspolitik der SED haben uns viele Wunden geschlagen, die noch lange schmerzen werden. Um so erfreulicher ist es, daß es nach jahrzehntelanger Abgrenzung, Unbeweglichkeit und Sprachlosigkeit der Schulpolitiker der DDR gerade

jetzt Vertreter der Kirchen sind, der evangelischen wie der katholischen, die ihre Kompetenz zu gewichtigen konzeptionellen Vorschlägen bewiesen haben, und dies — gegen das eingewurzelte Vorurteil der Schulfunktionäre — bei selbstverständlicher Betonung der Trennung von Kirche und Schule.

Aber so wie uns diese Trennung selbstverständlich ist, so sollte nun endlich auch dem letzten Schulfunktionär die Trennung von Schule und Jugendorganisation, von Schule und Freidenkerverband selbstverständlich sein, und auch die Trennung von Schule und Jugendweihe, auch wenn die Jugendweihe schon lange nur noch ein politisches Bekenntnis zur DDR hatte sein sollen. Und wenn wir in den Betrieben keine Parteisekretäre mehr zu sehen wünschen, dann erst recht keine in den Schulen. Alle diese überfälligen Trennungen können dazu dienen, die Schule zu einem Ort zu machen, den alle Schüler als Teil ihres Zuhauses empfinden können.

Analoge Forderungen sind für den Hochschulbereich zu erheben. Indem wir entsprechend der Veränderung des Artikels 1 der Verfassung den Marxismus/Leninismus als obligatorisches Grundstudien- und Prüfungsfach abschaffen, befreien wir ihn zugleich von der unwürdigen Rolle einer zwangsweisen Staatsdoktrin, befreien wir die anderen Wissenschaften von der unwürdigen Rolle, Mägde einer Staatsdoktrin sein zu sollen.

Es gibt noch viele zum Teil sehr wichtige Themen, über die ich hier gern sprechen würde, weil die CDU zu ihnen Positionen beziehen muß und auch bezieht.

Ich nenne nur die kulturelle Situation unseres Landes und die Frage, wie können wir noch unsere Städte retten. Aber der Sonderparteitag erlaubt nur eine Auswahl.

Gestatten Sie mir ein kurzes Fazit meiner Gedanken:

Die CDU trägt durch den politischen Sündenfall der geduldeten Gleichschaltung Mitschuld am moralischen Verfall der ganzen Gesellschaft.

Wir haben eines streng zu vermeiden: Neuerliche Irrwege darf dieses Land nicht mehr gehen. Träume und verschlissene Ideale müssen nüchternem Rechnen weichen, aber auch den berechtigten Gefühlen der nationalen Zusammengehörigkeit Raum geben.

Wir haben auf diesem Weg eine Chance: Geben wir uns in gegenseitiger Achtung eine Verfassung, auf deren Grundlage in guter Ordnung zusammenwächst, was zusammengehört. Geben wir uns in freien Wahlen eine Regierung, die handlungsfähig ist.

Deutsche Geschichte war immer europäische Geschichte, eine Geschichte, für die Namen wie Johann Sebastian Bach, aber auch Adolf Hitler stehen. Europäische Geschichte am Ausgang des 20. Jahrhunderts wird auch deutsche Geschichte bleiben, aber sie muß eine neue Qualität haben. Die uns zugewiesene, von uns anzunehmende Rolle wird die einer friedenschaffenden Klammer zwischen Ost und West im Herzen eines friedfertigen, der ganzen Welt zugewandten Kontinents sein müssen.

## Schlußwort

Liebe Unionsfreundinnen, liebe Unionsfreunde!

Der Lehrtext aus den Losungen der Herrnhuter Brüdergemeine für den 16. Dezember ist ein Wort des Apostels Petrus: „Meister, wir haben die ganze Nacht gearbeitet und nichts gefangen; aber auf dein Wort will ich die Netze auswerfen.“ (Lukas 5, 5)

Ich habe dieses Wort, als ich es heute früh las, auch im Blick auf gestern, fast als eine Art Fazit empfunden.

Wir stehen am Ende zweier anstrengender Tage. Sie waren vielleicht noch anstrengender als nötig, weil wir Schwierigkeiten hatten, mit unseren neuen Rechten und Freiheiten hilfreich umzugehen. Und deshalb ist jetzt mancher von uns enttäuscht. Entsprechende Gefühle darf jeder zeigen. Aber wir sollten uns gegenseitig nicht das antun, daß wir jetzt, ausgerechnet jetzt, daraus endgültige Konsequenzen ziehen. Das Austreten des Freundes Wolk hat mich bewegt. Warum ist er ausgetreten? Am Donnerstagabend hat er in der Gethsemanekirche seine Nacherzählung des „Drachen“ von Jewgeni Schwarz vorgetragen. Hält er nun sich für den Drachentöter Lanzelot und uns für die Funktionäre des Drachens, die ohne Drachen weitermachen, damit wenigstens für sie alles so bleibt, wie es war? Dann müssen wir den Verdacht beseitigen — nicht nur mit Worten, sondern mit dem Beweis des Gegenteils.

Ein weiterer Punkt, der mich beschwert und den ich ansprechen will: Gestern wurde gesagt, daß wir Demokratie noch lernen müssen und daß auch der Ausschluß der Öffentlichkeit etwas mit Demokratie zu tun habe. Das erste stimmt sicherlich. Am zweiten habe ich inzwischen Zweifel. Seit vielen Jahrzehnten ist in dem System, das in den sozialistischen Ländern herrschte, und das auch uns verbogen oder ältere Verbiegungen konserviert hat, die schmutzige Wäsche stets unter Ausschluß der Öffentlichkeit gewaschen oder eben nicht gewaschen worden. Übrigens sicher mit der Behauptung, daß dies im Interesse des Volkes und der Demokratie läge.

Da waren wir gestern schon relativ gut: Wir haben tatsächlich Wäsche gewaschen und sie nicht nur unter dem Teppich deponiert, und wir haben nicht mit den Interessen des Volkes, sondern nur mit unseren eigenen Interessen argumentiert. Wie gesagt, unser Staat hat uns dies in Jahrzehnten beigebracht, daß es gefährlich und schädlich sei, dem Gegner zu zeigen, wo man verwundbar ist. Eigentlich hätten wir aber inzwischen begriffen haben müssen, daß nur Offenheit unverwundbar macht, während die Geheimhaltung die Verwundbarkeit erst produziert. Vor Rückfällen in altes Denken sollten wir uns deshalb hüten. Daß wir

dieser Versuchung auch in manch anderer Hinsicht gelegentlich erlangen, gehört meiner Meinung nach zu den qualitätsmindernden Begleitumständen unseres Parteitags.

Liebe Freunde!

Wie das Urteil über unseren Sonderparteitag, über seine Ergebnisse ausfällt, wird insbesondere auch von Ihrer Aktivität bestimmt werden, denn sonst würden wir die Beurteilung allein den Medien überlassen. Das Urteil der Medien ist sicherlich ein gewichtiges, aber — auch das sollten wir lernen — nicht das einzige. Als gelungen betrachte ich, daß wir die strukturellen Fragen, ohne daß ich der Diskussion an der Basis vorgreifen will, soweit es jetzt notwendig war, im wesentlichen gelöst haben. Viele Unionsfreunde haben in den letzten Wochen zu Recht bemängelt, daß von der Parteileitung zu wenig Impulse ausgingen, daß — wenn über die Leitung berichtet wurde — einzig über den Vorsitzenden mit seinen „verdächtigen“ Westkontakten gesprochen wurde. Sie waren der Teil der Arbeit, der unangemessen medienwirksam wurde, denn über die täglichen Sekretariatssitzungen, die beispielsweise diesen Parteitag vorbereiteten, stand nichts in den Zeitungen. Ich danke allen, die diese unauffällige Arbeit im Vorfeld des Parteitages geleistet haben, und ich nenne hier stellvertretend Unionsfreund Dr. Moritz ebenso wie die Berliner, die Ihnen Quartier gewährten.

Als nicht überzeugend gelungen betrachte ich unsere inhaltliche Arbeit. Aber ich frage mich, konnte sie es denn wirklich sein. Ich denke, daß in dieser Zeit ein „befriedigend“ schon eine gute Note ist. Dies deshalb, weil wir nicht vor einigen Problemen, sondern vor einer Problemhäufung standen, die Übermenschliches erfordert hätte, wenn wir sie hätten lösen wollen. Wir standen vor einem Problemhaufen, gegen den der berühmte Gordische Knoten ein Kinderspielzeug ist. Mehr als 40 Jahre Geschichte können ebensowenig in zwei Tagen aufgearbeitet werden, wie es möglich ist, ein Bild der Zukunft abschließend zu entwerfen. Der sagenumwobene Gordische Knoten wurde bekanntermaßen mit dem Schwert, einer für uns als Christen abzulehnenden Waffe, zerschlagen. Als wir im Begriff waren, dennoch danach zu greifen, haben uns besonnene Unionsfreunde wie Freund Ehrlich davon abgehalten. Ich bin diesen Unionsfreunden dankbar.

Was haben wir mit Blick nach vorne mehrheitsfähig gesagt? Ich denke, folgendes ist Konsens geworden:

1. Wir haben den Prinzipien abgesagt, die uns in die Irre geführt haben; ich nenne nur das Prinzip des sogenannten demokratischen Zentralismus.

2. Wir haben erkannt, daß nicht der zentralistische Blick auf die Masse Mensch, sondern der Blick auf den einzelnen unser Handeln bestimmen muß.

Es ist in der DDR üblich, Parteitage mit einem optimistischen Ausblick zu beenden, selbst dann, wenn man bis zum Kinn im Dreck steckt.

Ich dachte vor diesem Parteitag, wir hätten schon wieder festen Boden unter den Füßen. Ich sehe, daß wir weiter in die Tiefe gehen müssen, ehe wir Boden finden werden, auf dem wir wirklich stehen können. Wenn wir ihn dann gefunden haben, werden wir sehen, daß dieser feste Boden nicht schon von selber eigentlich da war, sondern daß er wachsen mußte, nicht außerhalb, sondern in uns selber.

Unser wirklich neues Denken, unsere Unbestechlichkeit, unser bewußter Verzicht z.B. auf billige Wahlkampfaktik, nur das kann der Boden sein, auf dem eine neue CDU zu stehen vermag und für unsere Mitmenschen wirken kann. Da sollte die Art, wie Parteien in anderen Ländern, in der Bundesrepublik vielleicht, gelegentlich vor der Öffentlichkeit miteinander umgehen, kein Vorbild für uns werden.

Die CDU ist kein Selbstzweck, sie war es nie, und sie ist es heute erst recht nicht. Sie ist nur soviel wert, wie sie für die Gesamtheit tut. Diese Gesamtheit ist sicher zunächst unser Volk. Aber auch unser Volk ist kein letzter Wert. Es geht um die Menschheit und ihre weithin durch uns Europäer verursachte Not. Nur wenn uns das klar ist, werden wir auch unsere nationalen Wünsche richtig einordnen können. Die Lösung der Weltprobleme, der Frieden, die Gerechtigkeit, die Bewahrung der Schöpfung sind wichtiger, viel wichtiger als die Wünsche und Hoffnungen für die Nation, zu der wir gehören. Nur wenn wir uns daran immer wieder erinnern, bleiben wir auf dem Niveau der politischen Moral, das eine Partei von Christen auszeichnen sollte.

Ich mußte dies alles sagen, damit bei dem, was ich jetzt noch über Deutschland sagen möchte, keine falschen Gefühle aufkommen, damit der Ernst unserer politischen und moralischen Situation nicht vergessen und nicht verdrängt werden kann. Wir haben in all unserer Revolution und all unseren neuen Freiheiten keinen Anlaß zu unbeschwerter Freude. Und Euphorie ist immer gefährlich, weil sie nichts Echtes ist. Wir tragen Verantwortung, und wir haben sie zu tragen im Bewußtsein der Wirklichkeit dieser Welt, in der wir leben— und in der wir ständig dabei sind, uns mitschuldig zu machen an ihrer Ungerechtigkeit, ihrem Unfrieden und ihrer Zerstörung der Schöpfung.

Und nun Deutschland: Die Frage nach der Zukunft unserer Nation, die Frage, was hier das richtige Ziel und was der richtige Weg sei, bewegt uns alle sehr. Wir wissen, wie sehr unser Volk trotz vieler einsehbarer Bedenken seine Vereinigung in einem Staatsverband so schnell wie möglich wünscht. Unsere Partei sieht realpolitische Chancen, daß dieser Wunsch in Erfüllung gehen kann, und zwar in einem geeinten Europa. Dieses Europa wird ein weitgehend entmilitarisiertes Europa sein, ein wirtschaftlich eng verflochtenes Europa, in dem der Ost-West-Gegensatz der Vergangenheit angehört. In der konföderativen Struktur dieses europäischen Hauses sehen wir eine erstmalige Möglichkeit, die Einheit der Deutschen umfassend zu realisieren, ohne daß dadurch berechnete Interessen unserer Nachbarn verletzt werden. Für uns steht vor und nach den Wahlen vom 6. Mai 1990 fest, daß die polnische Westgrenze, die bis jetzt immerhin die Ostgrenze nur der DDR ist, unver-

rückbar ist. Hier darf es kein Deuteln geben, unabhängig davon, ob noch ein Friedensvertrag für ganz Deutschland zustande kommt oder nicht. Die Nachkriegszeit geht zu Ende, und unsere Aufgabe als Deutsche ist es nicht, in dieses Ende Verunsicherungen erneut hineinzutragen.

Nur in einem bewußt friedlichen, geeinten Europa vom Atlantik bis zum Ural kann eine ökologisch und sozial verantwortbare Marktwirtschaft mit positiven Auswirkungen für den Kontinent und für die Welt in genügendem Maße zum Zuge kommen, nur ein geeintes Europa wird seine historisch entstandene Pflicht erfüllen können, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der globalen Wirtschafts- und Umweltprobleme zu leisten.

Im Horizont dieser gesamteuropäischen Aufgaben sollten wir unsere Deutschlandpolitik entwickeln. Uns ist deutlich geworden, daß wir das Thema der nationalen Einheit in neue Werte einbetten müssen. Einbetten in das Bild und die Struktur eines befriedeten und geeinten Europa, das sich seiner Verpflichtung für die ganze Welt bewußt ist.

Dabei sollte uns nichts davon abhalten, soweit es an uns liegt, Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Je umsichtiger und je konsequenter die beiden deutschen Staaten gemeinsame und tragfähige Konzeptionen entwickeln, je sicherer die Garantien sind, die alle Beteiligten geben können, daß hier niemand, der für die Einheit Deutschlands und Europas etwas wagt, um seinen Einsatz betrogen wird, desto vernünftiger wird sich unser Weg in die Zukunft Deutschlands gestalten, desto besser bleiben die Interessen der Nachbarn und die Interessen des Weltfriedens gewahrt.

Beide Seiten, nicht nur die DDR, werden auf diesem Weg Eigenes zu investieren und eventuell bewußt aufzugeben haben, zum Beispiel wird sich alles auflösen müssen, was nach einem Alleinvertretungsanspruch, nach Vormundschaft und ähnlichem auch nur riecht. Und wir werden Tempo und Methoden, durch die zusammenwachsen soll, was zusammengehört, klug wählen müssen. Bundespräsident von Weizsäcker hat sehr richtig gesagt: Zusammenwachsen, aber nicht zusammenwuchern! Aber wenn wir auf ein Europa des Friedens zugehen, wird auch ein Deutschland des Friedens seinen Platz darin finden können. Ich bitte unseren himmlischen Vater darum, daß er uns den rechten Weg gerade in dieser Frage weisen möge. Der Begriff „rechter Weg“ schließt die Frage nach dem „wie“ ebenso ein wie die Frage nach dem „wie schnell“.

Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß die demokratischen Kräfte unseres Volkes mit Augenmaß und mit der gebotenen Sachlichkeit daran arbeiten werden, daß wir unbeschädigt durch den Winter hindurch den 6. Mai 1990 erreichen, den langersehnten Tag einer wirklich demokratischen Wahl. Daß bei und nach dieser Wahl die Stimme der CDU und die Stimmen für die CDU etwas wiegen, dafür sollten wir in den wenigen Monaten bis zum 17. Parteitag und bis zum Wahltermin unsere Kraft einsetzen!

# Neufassung der Präambel zum zweiten Entwurf des Positionspapiers

Mitten in der tiefsten Krise unserer Gesellschaft und im Bewußtsein unserer Verantwortung für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unseres Volkes stellen wir uns als Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands den Herausforderungen und Aufgaben der Stunde.

Wir bekennen unsere Schuld an den Deformationen, unter denen wir mit allen Bürgern unseres Landes zu leiden haben. Zu viele von uns haben aus Angst, aus Resignation, aus Überheblichkeit gegenüber Mahnern und Kritikern nicht widerstanden, wo dies um der Menschen willen notwendig gewesen wäre. Nur im Bekenntnis dieser Schuld können wir die Glaubwürdigkeit erarbeiten, die wir brauchen, wenn wir für eine humane und demokratische Gesellschaft eintreten wollen, in der Grundwerte wie soziale Sicherheit, Gerechtigkeit für jedermann und Solidargemeinschaft nicht verlorengehen und Rechtsstaatlichkeit die tragende Basis des politischen Lebens ist. Wir sind für Pluralität und geistige Weite, für die Entfaltung von Persönlichkeit und Kreativität in bewußt bejahter sozialer Bindung. Dabei knüpfen wir an den Gründungsauftrag der CDU vom 26. Juni 1945, an das Märtyrertum christlicher Antifaschisten sowie an das Erbe sozial fortschrittlicher und pazifistischer Bewegungen an.

- Wir wollen eine CDU, die eine eigenständige und unabhängige Partei von Christen ist, eine Partei aller Bürger, die sich in ihrem Handeln zum Wohle der Gesellschaft von christlicher Ethik und christlich begründeten humanistischen Traditionen leiten lassen. Wir sind offen auch für Mitbürger, die von anderen uns nahen Moral- und Wertvorstellungen bestimmt sind. Wir verstehen die CDU als eine Volkspartei, deren oberste Ziele Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind.
- Wir wollen eine CDU, die eine Partei der demokratischen Erneuerung ist. Wir stehen ein für Rechtsstaatlichkeit, für Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, für strikte Gewaltenteilung zwischen Parlament, Regierung und Rechtsprechung. Wir treten ein für religiöse und weltanschauliche Freiheit, politische Meinungsvielfalt und öffentliche Willensbildung des Volkes.
- Wir wollen eine CDU, die eine Partei für Europa ist. In den konföderativen Strukturen eines gemeinsamen europäischen Hauses erstreben wir die Einheit der deutschen Nation in den bestehenden Grenzen und unter Wahrung der Interessen unserer Nachbarn. Wir mei-

nen: Abrüstung bis hin zur Entmilitarisierung und Überwindung der Militärblöcke kann Deutschland zur Brücke zwischen Ost und West sowie zu einem stabilisierenden Faktor der Sicherheit und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent werden lassen.

- Wir wollen eine CDU, die eine Partei des Friedens ist. Wir treten ein für die Freundschaft zu allen Völkern. Dem dient unsere Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien und Bewegungen. Wir setzen uns ein für den Abbau der Rüstungen und für die politische und militärische Entspannung in der Welt, für solidarische Lebenshaltung und wirtschaftliche Gerechtigkeit, vor allem gegenüber den Völkern der Dritten Welt. Wir stehen zur Schuld der Deutschen in der Geschichte, besonders gegenüber unseren europäischen Nachbarn und dem jüdischen Volk, und wenden uns konsequent gegen jede Form von Nationalismus, Faschismus und Antisemitismus.

*(Als Diskussionsgrundlage vom Sonderparteitag bestätigt.)*

# Der Parteivorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands



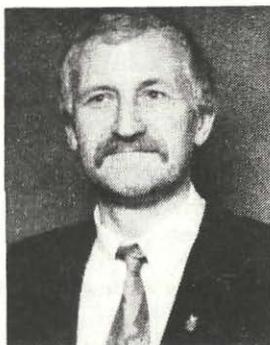
**Lothar de Maizière**  
Vorsitzender

(49) evangelisch; Berlin, KV Berlin-Treptow; Dipl.-Jurist; Vorsitzender der CDU; Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für Kirchenfragen; Mitglied der CDU seit 1956; Vizepräsident der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR



**Horst Korbella**  
stellvertretender Vorsitzender

(49) katholisch; Dipl.-Ing.; Direktor der Handels- und Gewerbekammer des Bezirkes Dresden; Mitglied der CDU seit 1964; Bezirkstagsabgeordneter



**Dr. Rudolf Krause**  
stellvertretender Vorsitzender

(50) katholisch; Leipzig, KV Leipzig-Stadt; Dipl.-Mathematiker; stellv. Direktor der EOS „Wilhelm Ostwald“ Leipzig; Mitglied der CDU seit 1959; Bezirkstagsabgeordneter; Mitglied des Pfarrgemeindeamtes



**Dr. Gottfried Müller**  
stellvertretender Vorsitzender

(55) evangelisch; Jena, KV Jena; Dipl.-Theologe; Chefredakteur „Glaube und Heimat“; Mitglied der CDU seit 1972



**Prof. Dr. Karl-Hermann Steinberg**  
stellvertretender Vorsitzender  
(48) evangelisch; Merseburg, KV  
Merseburg; Dipl.-Chemiker, stellv.  
Minister für Schwerindustrie; Mit-  
glied der CDU seit 1959, Volks-  
kammerabgeordneter



**OKR Martin Kirchner**  
Generalsekretär  
(40) evangelisch; Eisenach, KV  
Eisenach; Dipl.-Jurist; Landeskirchen-  
rat der Evang.-luth. Kirche in Thürin-  
gen; Mitglied der CDU seit 1967;  
Mitglied der Konferenz der Ev. Kir-  
chenleitung i. d. DDR; Stellv. des  
Vors. des Landeskirchenrates



**Werner Skowron**  
Schatzmeister  
(46) katholisch; Berlin, KV Berlin-  
Friedrichshain; Dipl.-Finanzwirtschaft-  
ler; Stellvertreter des Stadtbezirks-  
bürgermeisters für Finanzen und  
Preise, Berlin-Friedrichshain; Mitglied  
der CDU seit 1980

## Weitere Mitglieder des Parteivorstandes

**Dr. Alfred Altmann**  
(62), Zeithain, Kreisverband Riesa,  
Dipl.-Pädagoge; Psychologe im Päd-  
agogischen Kreiskabinett Riesa; Mit-  
glied der CDU seit 1946; Kreisvorsit-  
zender; Mitglied der Kreissynode  
Riesa/Großenhain; Mitglied des Kir-  
chenvorstandes

**Hannelore Angermann**  
(45), Dresden, Kreisverbana Dresden-  
Stadt; Dipl.-Journalist; stellv. Chef-  
redakteur „Die Union“, Dresden; Mit-  
glied der CDU seit 1960

**Klaus-Dieter Arit**  
(47), Neuenhagen, Kreisverband  
Strausberg, Dipl.-Geodät; Spezial-  
meßtruppführer im VEB Kombinat  
Geodäsie und Kartographie; Mitglied  
der CDU seit 1984; Kreisvorstands-  
mitglied; Bezirkstagsabgeordneter

**Burghardt Arndorfer**

(41), Altentreptow, Kreisverband Altentreptow; Ing. für Landtechnik; Gruppenleiter in der Abt. Konstruktion des VEB Baumechanik Neubrandenburg; Mitglied der CDU seit 1978; Mitglied des Bezirksvorstandes; stellv. Kreisvorsitzender; Ortsvorsitzender

**MR Dr. Hans-Henning Axthelm**

(48), Eisfeld, Kreisverband Hildburghausen; Facharzt für Innere Medizin und Arbeitshygiene; Leiter der Arbeitshygieneinspektion beim Rat des Kreises; Mitglied der CDU seit 1959; Mitglied des Kreisvorstandes; Ortsvorsitzender; Kreistagsabgeordneter; Synodaler in der Evang.-luth. Kirche in Thüringen

**Lothar Barthel**

(52), Gera-Liebschwitz, Kreisverband Gera-Stadt; Leiter der Rechtsabteilung im VEB Elektronik Gera; Mitglied der CDU seit 1973; Mitglied des Bezirksvorstandes; Stadtverordneter

**Dr. Birgit Bauer**

(39), Arnstadt, Kreisverband Arnstadt; Dipl.-Jurist; Facharzt für Anästhesie und Intensivtherapie; Oberarzt der Zentralen Anästhesieabteilung im Kreiskrankenhaus Arnstadt; Mitglied der CDU seit 1985

**Bernd Beck**

(43), Heiligenstadt, Kreisverband Heiligenstadt; Ing.-Ökonom; Bürgermeister; Mitglied der CDU seit 1969; Mitglied des Kreisvorstandes

**Dr. Hans-Joachim Behrens**

(41), Medow, Kreisverband Anklam; Dipl.-Ing.; Vorsitzender der LPG (T) Medow; Mitglied der CDU seit 1983

**Hans-Dirk Bierling**

(45), Großenhain, Kreisverband Großenhain; Dipl.-Ing.; Prüfgruppenleiter beim Ministerium für Bauwesen/ staatl. Bauaufsicht Bezirk Dresden; Mitglied der CDU seit 1971; Mitglied des Bezirksvorstandes

**Willi Böck**

(42), Bernterode, Kreisverband Worbis; Dipl.-Lehrer, Bürgermeister; Mitglied der CDU seit 1965; Gemeindevertreter

**Wolfgang Breitenborn**

(46), Freiberg, Kreisverband Freiberg; Dipl.-Ing.; Bereichsleiter im VEB Freiburger Zellstoff- und Papierfabrik; Mitglied der CDU seit 1969; Mitglied des Kreissekretariats

**Dr. Hermann Buchwald**

(46), Hötenleben, Kreisverband Oschersleben; Veterinärmediziner; Tierarzt im VEG Warsleben; Mitglied der CDU seit 1971; stellv. Ortsvorsitzender; Präses der Kreissynode

**Joachim Dirschka**

(48), Leipzig, Kreisverband Leipzig-Stadt; Handwerksmeister; Vorsitzender der PGH Elektro-Instandsetzung; Mitglied der CDU seit 1973; stellv. Vorsitzender der Handwerkskammer Leipzig

**Herbert Dreßler**

(63), Pirna, Kreisverband Pirna; Dipl.-Staatswissenschaftler; Bezirksvorsitzender Dresden; Mitglied der CDU seit 1947

**Josef Duchac**

(51), Gotha, Kreisverband Gotha; Dipl.-Ing.-Ökonom; Mitglied des Rates des Kreises; Mitglied der CDU seit 1959; Kreisvorsitzender; Kreistagsabgeordneter

**Uwe Ehrich**

(45), Eisenach, Kreisverband Eisenach; Dipl.-Ing.; stellv. Direktor der Wartburgstiftung Eisenach; Mitglied der CDU seit 1973; Mitglied des Kreisvorstandes; Kreistagsabgeordneter

**Dr. Claudia Eisenreich**

(35), Karl-Marx-Stadt, Kreisverband Karl-Marx-Stadt/Stadt; Dipl.-Architekt; Architektin in der Konsumgenossenschaft Karl-Marx-Stadt; Mitglied der CDU seit 1987; Mitglied des Stadtbezirksvorstandes

**Dr. Friederike Fischer**

(42), Perleberg, Kreisverband Perleberg; Fachärztin; Frauenarzt; Mitglied der CDU seit 1974

**Gunnar Fischer**

(33), Ueckermünde, Kreisverband Ueckermünde; Theologe; Pastor der evang. Kirchengemeinde Ueckermünde; Mitglied der CDU seit 1973; Mitglied des Bezirksvorstandes; Mitglied des Gemeindekirchenrates

**Wilhelm Fischer**

(45), Diekhof, Kreisverband Güstrow; Ing. für Landtechnik; Abteilungsleiter für Instandhaltung; Mitglied der CDU seit 1989; Mitglied des Kreiskirchenrates

**Dr. Karl-Heinz Förster**

(49), Halle, Kreisverband Halle; Dipl.-Ing.-Ökonom; Abteilungsleiter im VEB Kombinat Pumpen und Verdichter Halle; Mitglied der CDU seit 1965

**Michael Galley**

(45), Berlin, Kreisverband Marzahn; Diplom-Jurist; Bezirksvorsitzender der CDU Gera; Mitglied der CDU seit 1969

**Volker Geyer**

(39), Holzhau, Kreisverband Brand-Erbisdorf; Forsting.; Revierförster im staatl. Forstbetrieb Marienberg; Mitglied der CDU seit 1968; Abgeordneter

**Dr. Gerd Gies**

(46), Stendal; Kreisverband Stendal; Veterinärmediziner; Tierarzt im VEB Fleischverarbeitung Stendal; Mitglied der CDU seit 1970; Kreisvorsitzender; Kreistagsabgeordneter; Kreissynodaler

**Dietrich Gregori**

(50), Meißen, Kreisverband Meißen; Dipl.-Ing.; Architekt; Direktor der Albrechtsburg Meißen; Mitglied der CDU seit 1970; stellv. Kreisvorsitzender; Bezirkstagsabgeordneter; Kreistagsabgeordneter; Mitglied des Zentral- und Bezirksvorstandes der Gewerkschaft Kunst

**Maria Grünert**

(43), Altenburg, Kreisverband Altenburg; Ing.-Ökonom; Betriebsdirektor Modehaus Altenburg; Mitglied der CDU seit 1977; Bezirkstagsabgeordnete

**MR Dr. Norbert Hahn**

(43), Magdeburg; Kreisverband Magdeburg-Stadt; Dipl.-Mediziner; Ärztlicher Direktor des Bezirksrehabilitationszentrums Magdeburg; Mitglied der CDU seit 1973

**OL Dr. Elke Hofmann**

(46), Berlin, Kreisverband Hohenschönhausen; Dipl.-Lehrer Mathematik und Physik; Lehrer 29. POS Hohenschönhausen; Mitglied der CDU seit 1979

**Dr. Rolf Jähnichen**

(50), Zedtlitz, Bezirksverband Leipzig; Dipl.-Landwirt; stellv. Vorsitzender der LPG „8. Mai“ Neukirchen; Mitglied der CDU seit 1981; Ortsvorsitzender

**Prof. Dr. Hans-Hinrich Jensen**

(62), Berlin, Kreisverband Hellersdorf; Theologe; Professor für Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin; Mitglied der CDU seit 1947

**Christhardt Keilberg**

(40), Glauchau, Kreisverband Glauchau; Dipl.-Ing.; Inhaber des Handwerksbetriebes Keilberg; Mitglied der CDU seit 1979; Mitglied des Kreisvorstandes; Mitglied des evang.-luth. Kirchenvorstandes; Mitglied des Brüderrates der Landeskirchengemeinschaft

**Karl-Heinz Kindervater**  
(39), Erfurt, Kreisverband Erfurt-Stadt;  
Dipl.-Jurist; Geschäftsführer der Fa.  
Richter und Frenzel Erfurt; Mitglied  
der CDU seit 1971; Stadtbezirksvor-  
sitzender, Vizepräsident der Kreissynode  
Erfurt

**Dr. Wolfgang König**  
(55), Erfurt, Kreisverband Erfurt-Stadt;  
Dipl.-Ing.; Technischer Direktor im  
Kombinatsbetrieb Bauprojektierung  
im BMK Erfurt; Mitglied der CDU seit  
1952; Mitglied des Bezirksvorstandes;  
Vizepräsident der EKU-Synode; Mitglied  
der provinziälsächsischen Synode

**Winfried Kothé**  
(50), Rauenstein, Kreisverband Sonne-  
berg; Facharbeiter; Diakon; Pfarrer  
des evang.-luth. Pfarramtes Rauen-  
stein; Mitglied der CDU seit 1976;  
Mitglied des Ortsvorstandes; Diakon  
in der Bruderschaft auf dem Linden-  
hof, Neinstedt

**Dr. Günther Krause**  
(36), Börgerende, Kreisverband Bad  
Doberan; Dipl.-Ing. für Informatik;  
Wissenschaftsbereichsleiter im IHS  
Wismar, Mitglied der CDU seit 1985,  
Kreisvorsitzender

**Wolfgang Krause**  
(53), Dessau, Kreisverband Dessau;  
Dipl.-Ing.; Chefkonstrukteur im VEB  
Gärungschemie Dessau; Mitglied der  
CDU seit 1954; Mitglied des Bezirks-  
vorstandes; Kreisvorsitzender, Stadt-  
verordneter; Mitglied der Kreis-  
synode; Mitglied des Gemeinde-  
kirchenrates

**Thomas Kretschmer**  
(35), Mühlhausen, Kreisverband Mühl-  
hausen; Dipl.-Ing. Software-Ingenieur;  
Mitglied der CDU seit 1986; Mitglied  
des Bezirksvorstandes

**Karl-Heinz Kretschmer**  
(41), Cottbus, Kreisverband Cottbus-  
Stadt; Maschinenbau-Ing.; Bezirks-  
vorsitzender; Mitglied der CDU seit  
1974

**Martin Kummer**  
(33), Suhl, Kreisverband Suhl; Dipl.-  
Ing.; Hauptabteilungsleiter im VEB  
Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk Suhl;  
Mitglied der CDU seit 1984; Stadt-  
verordneter

**Martin Kuntze**  
(45), Halle, Kreisverband Halle; Dipl.-  
Lehrer; Fachgebietsverantwortlicher im  
VEB Braunkohlenkombinat Bitterfeld;  
Mitglied der CDU seit 1970; Stadt-  
verordneter; Mitglied der Kreissynode;  
Mitglied des Gemeindekirchenrates

**OA Dr. Jürgen Langer**  
(50), Zwickau, Kreisverband Zwickau-  
Stadt; Facharzt; Leiter der Ambulanz  
der Orthopädischen Klinik im Bezirks-  
krankenhaus Zwickau; Mitglied der  
CDU seit 1966; stellv. Kreisvorsitzen-  
der

**Prof. Dr. Hans-Günter Leder**  
(59), Greifswald, Kreisverband Greif-  
swald; Dipl.-Theologe; Direktor für  
theologische Erziehung und Ausbil-  
dung an der Universität Greifswald;  
Mitglied der CDU seit 1969; stellv.  
Kreisvorsitzender; Bezirkstagsabgeord-  
neter

**Christine Lieberknecht**  
(31), Ramsla, Kreisverband Weimar;  
Dipl.-Theologin; Pastorin; Mitglied  
der CDU seit 1981; Mitglied des Orts-  
gruppenvorstandes; Mitglied der Kom-  
mission für kirchliche Jugend beim  
Bund der Evangelischen Kirchen in  
der DDR

**Michael Liwowski**  
(38), Klötze, Kreisverband Klötze; Ing.-  
Technologe; Mitglied des Rates des  
Kreises für örtliche Versorgungswirt-  
schaft; Mitglied der CDU seit 1972;  
Kreisvorsitzender; Kreistagsabgeord-  
neter

**Dr. Silvia Mayer**  
(33), Freital, Kreisverband Freital;  
Dipl.-Ökonom; wiss. Assistentin der  
TU Dresden; Mitglied der CDU seit  
1987; Kreistagsabgeordnete

### **Herrmann Mende**

(51), Stepenitz, Kreisverband Potsdam; Agraring.; Bereichsleiter in der LPG Tierproduktion; Mitglied der CDU seit 1973; Ortsvorsitzender; Kreistagsabgeordneter

### **Karl-Heinz Mewes**

(45), Deutsch, Kreisverband Osterburg; Dipl.-Landwirt; Bereichsleiter in der LPG Pflanzenproduktion; Mitglied der CDU seit 1966; Mitglied des Kreissekretariats; Kreistagsabgeordneter; Kreissynodaler

### **Dr. Lothar Moritz**

(46), Schwerin, Kreisverband Schwerin-Stadt; Dipl.-Landwirt; Bezirksvorsitzender; Mitglied der CDU seit 1970

### **Klaus-Peter Mugay**

(49), Berlin, Kreisverband Prenzlauer Berg; Journalist; Chefredakteur der Berliner Redaktion der CDU-Presse; Mitglied der CDU seit 1962; Bezirksvorstandsmitglied; Stadtverordneter; Mitglied einer Arbeitsgruppe im Konsistorium

### **Hans-Joachim Nahrstedt**

(37), Colbitz, Kreisverband Wolmirstedt; Dipl.-Ing.; Obersteiger im Kaliwerk Zielitz; Mitglied der CDU seit 1982; Mitglied des Bezirksvorstandes; Gemeindevertreter

### **Wolfgang Neumann**

(45), Karlsburg, Kreisverband Greifswald; Elektromeister; Bauleiter Züsower Diakonieanstalten; Mitglied der CDU seit 1980; Mitglied des Kreisvorstandes; Ortsvorsitzender; Kreistagsabgeordneter; Gemeindevertreter; Mitglied im Kirchenbeirat

### **Johannes Nitsch**

(52), Dresden, Kreisverband Dresden-Stadt; Dipl.-Ing.; Abteilungsleiter im VEB Energiebau Dresden; Mitglied der CDU seit 1989; Mitglied des Stadtbezirksvorstandes; Sprecher des Pfarrgemeinderates

### **Ludwig Noack**

(42), Crostwitz, Bezirksverband Dresden; Dipl.-Lehrer, stellv. Direktor der sorbischen POS Räckelwitz; Mitglied der CDU seit 1981; Mitglied des Ortsvorstandes; Mitglied des Rates der Gemeinde

### **Dr. Gerhard Pohl**

(52), Forst, Kreisverband Forst; Dipl.-Ing.; stellv. Betriebsdirektor im VEB Forster Tuchfabriken; Mitglied der CDU seit 1958; Kreisvorsitzender, Volkskammerabgeordneter

### **Rolf Rau**

(45), Borsdorf, Kreisverband Leipzig-Land; Hochbaumonteur; Hochbauingenieur; Bezirksvorsitzender; Mitglied der CDU seit 1976; Bezirkstagsabgeordneter

### **Eckhardt Rehberg**

(35), Bartelshagen, Kreisverband Ribnitz-Damgarten; Dipl.-Ing.; Leiter Betriebsorganisation im VEB Ostseeschmuck Ribnitz; Mitglied der CDU seit 1984; Ortsvorsitzender

### **Klaus Reichenbach**

(44), Hartmannsdorf, Kreisverband Karl-Marx-Stadt/Land; Dipl.-Jurist; Bezirksvorsitzender; Mitglied der CDU seit 1969

### **Karl-Heinz Richter**

(41), Lauter, Kreisverband Aue; Hochschuling.; Betriebsdirektor im VEB Möbelrollen Elterlein; Mitglied der CDU seit 1973; Mitglied des Kreisvorstandes; Mitglied des Brüderrates der Landeskirchengemeinschaft

### **Lothar Riedinger**

(35), Stendal, Kreisverband Stendal; Dipl.-Ing.; Mitglied des Rates des Kreises für Wohnungspolitik; Mitglied der CDU seit 1981; Mitglied des Kreissekretariats; Kreistagsabgeordneter

**Brigitte Saffert**  
(50), Schwarzheide, Kreisverband Senftenberg; Dipl.-Mediziner; Arzt in der Betriebspoliklinik Schwarzheide; Mitglied der CDU seit 1970; Landes-synodaler

**Herbert Schirmer**  
(44), Lieberose, Kreisverband Beeskow; Dipl.-Journalist; Bezirksvorsitzender; Mitglied der CDU seit 1985; Mitglied des Gemeindekirchenrates

**Gabriele Schmidt**  
(33), Rostock, Kreisverband Rostock-Stadt; Dipl.-Bibliothekar; Bibliothekarin beim Rat der Stadt; Mitglied der CDU seit 1975; Mitglied des Ortsvorstandes

**Boje Schmuhl**  
(39), Wittenberg, Kreisverband Wittenberg; Museologe, Diplom-Ethnologe; Direktor der Staatlichen Lutherhalle Wittenberg; Kreisvorsitzender

**Peter Schrimpf**  
(48), Rangsdorf, Kreisverband Zossen; Dipl.-Theologe; Gemeindepfarrer; Mitglied der CDU seit 1976; Mitglied des Bezirksvorstandes; Ortsvorsitzender

**Dr. Christian Seidel**  
(49), Potsdam, Kreisverband Potsdam; Dipl.-Ing.; Bezirksvorsitzender; Mitglied der CDU seit 1971; Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung; Mitglied des Gemeindekirchenrates

**Jürgen Seidel**  
(41), Waren, Kreisverband Waren; Dipl.-Ing.; Betriebsleiter des Zweckverbandes Erholungswesen Waren; Mitglied der CDU seit 1971; Kreisvorsitzender; Kreistagsabgeordneter

**Ulrich Seidel**  
(34), Magdeburg, Kreisverband Magdeburg-Stadt; Dipl.-Ing.-Ökonom; Abteilungsleiter im VEB Getreidewirtschaft Magdeburg; Mitglied der CDU seit 1983; Stadtbezirksvorsitzender; Stadtbezirksabgeordneter

**Dr. Horst Sladeczek**  
(60), Halle, Kreisverband Halle-Neustadt; Dipl.-Wirtschaftler; Gruppenleiter im VEB Chemische Werke Buna; Mitglied der CDU seit 1946; Mitglied des Kreisvorstandes; Kreistagsabgeordneter; Lektor in der katholischen Gemeinde

**Dr. Herbert Spindler**  
(55), Halle, Kreisverband Halle-Neustadt; Dipl.-Physiker; Themenleiter im VEB Leuna-Werke; Mitglied der CDU seit 1982; stellv. Ortsvorsitzender; Mitglied der evangelischen Kirchengemeinde

**Henning Stoerk**  
(44), Berlin, Kreisverband Köpenick; Mitglied des Bezirksvorstandes Berlin; Dipl.-Ing.; Sektorenleiter Fernsehen der DDR; Mitglied der CDU seit 1973; Ortsvorsitzender, amt. Vorsitzender der CDJ

**Dr. Harald Tausch-Marton**  
(48), Dresden, Kreisverband Dresden-Stadt; Dr.-Ing.; Bereichsleiter Forschung/Entwicklung; Mitglied der CDU seit 1972; stellv. Stadtbezirksvorsitzender; Stadtverordneter

**Holger Thelen**  
(46), Jessen, Kreisverband Jessen; Facharzt für Frauenheilkunde; Frauenarzt in der Poliklinik; Mitglied der CDU seit 1986; Kreisvorsitzender

**Dr. Werner Thomas**  
(36), Rudolstadt, Kreisverband Rudolstadt; Dipl.-Ing.; Leiter F/E im VEB Verpackungsmittelwerke Saalfeld; Mitglied der CDU seit 1981; Kreisvorsitzender; Mitglied des Ortsvorstandes

**Martin Turre**

(45), Kleinjena, Kreisverband Naumburg; Theologe; Gemeindepfarrer; Mitglied der CDU seit 1973; Ortsgruppenvorsitzender; Mitglied der Kreissynode; Vorsitzender des Gemeindekirchenrates

**Bernhard Ullrich**

(44), Tripkau, Kreisverband Hagenow; Dipl.-Theologe; Pastor; Mitglied der CDU seit 1975; Mitglied des Bezirksvorstandes

**MR Dr. Peter Wagner**

(43), Kleinmachnow, Kreisverband Potsdam, Facharzt für Kinderheilkunde; Ärztlicher Direktor der Kreispoliklinik Teltow; Mitglied der CDU seit 1980; Mitglied des Kreissekretariats und des Ortsvorstandes; Kreistagsabgeordneter

**Jens Walther**

(20), Großdeuben, Kreisverband Leipzig-Land; Elektronikfacharbeiter; Student der Theologie an der KMU Leipzig; Mitglied der CDU seit 1987; Mitglied des Kreissekretariats; stellv. Ortsvorsitzender; Kreisvorsitzender der CDJ; Gemeindevorstandsmitglied

**Ingolf Wappler**

(19), Olbernhau, Kreisverband Marienberg; Lehrling im VEB WBK „Wilhelm Pieck“ Karl-Marx-Stadt; Mitglied der CDU seit 1989

**Rüdiger Wetzel**

(34), Bad Salzungen, Bezirksverband Suhl; Dipl.-Ing. Bauwesen; Mitglied der CDU seit 1981; Vorstand Pfarrgemeinderat

**Margard Wohlfahrt**

(49), Altenburg, Kreisverband Altenburg; Dipl.-Kulturwissenschaftler; Kinderdiakonin des evang. Kinderhospitals; Mitglied der CDU seit 1986

**Dr. Klaus Wolf**

(51), Holzhausen, Bezirksverband Leipzig; Dipl.-Ökonom; Minister für Post- und Fernmeldewesen; Mitglied der CDU seit 1952

**Martin Wünschmann**

(32), Oberwiesenthal, Kreisverband Annaberg; Dipl.-Lehrer; Mitglied der CDU seit 1984; Mitglied des Ortsvorstandes

## **Prof. Dr. Siegfried Schulze**

### **Vorsitzender des Ausschusses**

(64) evangelisch; Leipzig, KV Leipzig-Stadt; Dipl.-Jurist; Hochschullehrer an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Mitglied der CDU seit 1948; Mitglied des Bezirksvorstandes

## **Barbara Barthke**

(49), Wendfeld, Kreisverband Rostock-Land; Krankenschwester; Persönliche Referentin am Institut für Kartoffelforschung in Groß Lüsewitz; Mitglied der CDU seit 1975

## **Gerhard Bretschneider**

(49), Meiningen, Kreisverband Meiningen; Dipl.-Ökonom; Ökonom im VEB Robotron Meiningen; Mitglied der CDU seit 1965; Mitglied des Bezirksuntersuchungsausschusses

## **Dieter Engelhardt**

(34), Bad Biebra, Kreisverband Nebra; Ing. für Hochbau; Ingenieur für Kalkulation; Mitglied der CDU seit 1979; Kreistagsabgeordneter

## **Monika Kukuk**

(35), Wolmirsleben, Bezirksverband Magdeburg; Dipl.-Lehrer; Lehrerin an der POS; Mitglied der CDU seit 1973; Mitglied des Ortsvorstandes

## **Dr. Walter Möbius**

(42), Sondershausen, Kreisverband Sondershausen; Dipl.-Ing.; Mitglied des Rates des Kreises für ÖVW; Mitglied der CDU seit 1967; Mitglied des Kreisvorstandes; Kreistagsabg.

## **Lothar Zocher**

(34), Coswig, Kreisverband Meißen; Dipl.-Mathematiker; EDV-Problem-analytiker im VEB Polygraph Druckmaschinenwerk Planeta Radebeul; Mitglied der CDU seit 1982; Mitglied des Kreisvorstandes